

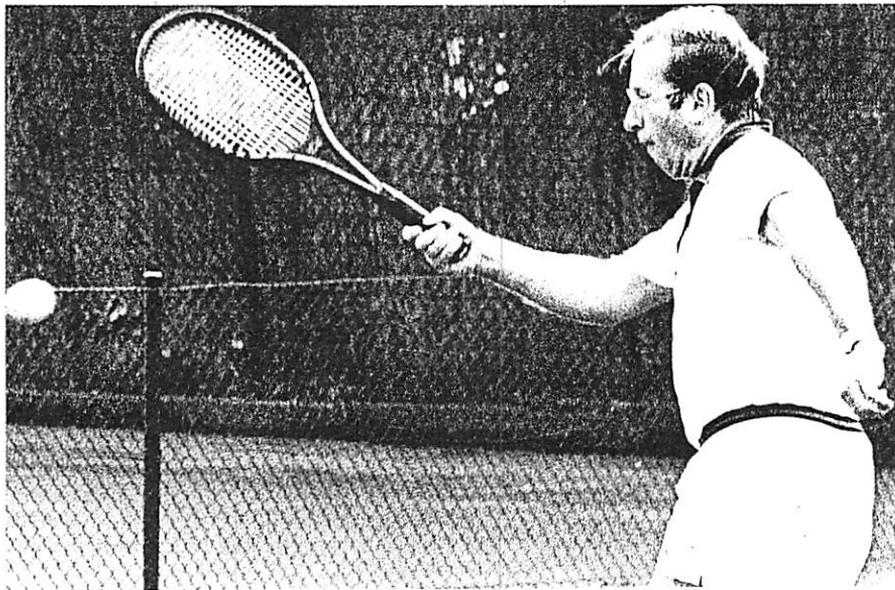
Angriff auf eine heilige Kuh

Ulrich Jochimsen

Viele glauben noch heute: Das Fernmeldewesen ist ein natürliches Monopol, so wie die Sonne am Tage oder der gute alte Mond des Nachts schon immer schienen. Gerade die Experten haben immer wieder bewiesen: Das Fernmeldemonopol ist sozusagen von Gott gegeben. Unglücklich ein Land, das nicht eine solche Bundespost hat. Diejenigen, die daran grundsätzlich etwas auszusetzen haben und das Gemeinwohl nicht ständig im Auge behalten, sind ewige Nörgler. Doch vom Gemeinwohl wurde in vielen langen Jahren nie etwas sichtbar. Stattdessen hatten einige wenige, vor allem die Großen, ihr Techtelmechtel mit der Post.

Auch die Politiker fangen an zu begreifen: So geht es nicht weiter. Wodurch ist diese neue Situation entstanden? Die Nordamerikaner sagen es mit herzhafter Offenheit: »Technology does not wait for the regulator« – Technologie wartet nicht auf den Ordner. Die Mikroprozessoren bringen es endgültig an den Tag: Das Fernmeldemonopol stammt aus der guten alten Kaiserzeit, und die bisherige Handhabung ist mit dem Grundgesetz unvereinbar.

Jeder lernt es auf seine Weise: Die Fernmeldetechniker, indem es auf internationalen Tagungen schlicht und einfach heißt: »even the Germans«, selbst die



Mit antiquierter Technik selten am Ball: Bundespostminister Gescheidle.

Wie bei der Energiepolitik schienen alle Parteien sich darauf verständigt zu haben, nicht kontrovers zu diskutieren. Post und Fernmeldewesen galten als etwas Technisches, das in seiner wirtschaftlichen Funktion durch die Politik nur gestört werden kann. Interfraktionelle Einigkeit in den 60er und 70er Jahren: Die Post solle ein Unternehmen werden mit einer eigenen Verfassung, sozusagen ein Staat im Staate mit über 500 000 Beamten. Gottlob wurde daraus nichts. Ende November 1979 stellte Peter Glotz, damals Medienexperte der SPD, öffentlich fest: »Die technokratische Diskussionsphase des Fernmeldemonopols ist beendet.«

Deutschen machen es so; die Kaufleute, indem es zunehmend schwieriger wird, die altväterlichen Telekommunikationsprodukte der Bundesrepublik auf dem Weltmarkt gewinnbringend zu verkaufen; und die Banker, indem sie gutes Geld in das lecke Faß AEG-Telefunken-Olympia werfen, da sie sich die Deutsche Wirtschaft nicht mehr vorstellen können, wenn die große Firma einfach pleite macht.

Die Post will im Fernmeldewesen sich nicht auf das beschränken, was sie schon immer tut: die Informationen nur zu transportieren. Sie will nicht nur weiterhin die Telefone liefern, sondern auch

die neuen Kopiergeräte und Schreibmaschinen, die außer dem Anschluß an das Stromnetz zusätzlich an das Telefonnetz der Post angeschlossen werden. Damit werden die Kopie und der Brief gleich in der Ferne auf einem entsprechenden Telekopier- oder Bürofernsehgerät aufgegeben. Natürlich ist das eine massive, schnelle Konkurrenz zur teuren energie-fressenden alten Briefpost, aber dafür kassiert die Deutsche Bundespost ja für die Benutzung ihrer Leitungen.

Dies genügt ihr aber nicht. Sie möchte Dienste anbieten, wie sie etwa in Nordamerika die Bürger und Firmen selbst verrichten, und die die Post, wenn überhaupt, aufgrund ihres gigantischen bürokratischen Apparates nur zu teuer und viel zu langsam ausführen kann. Die Deutsche Bundespost begründet ihre Monopolausweitung damit, daß es zu Störungen komme, wenn jeder seine eigenen Geräte anschließe.

Auf solche Begründungen sind einst auch die Amerikaner hereingefallen – viel zu lange, wie sie heute bedauern –; seitdem in den USA jeder seine eigenen Geräte anschließen darf, ist es nie zu einer Störung gekommen, sondern statt dessen zu einer rasanten Entwicklung immer besserer energie- und rohstoffsparender schneller, bequemer Übermittlungsformen.

Prof. Mestmäcker, ehemals langjähriger Vorsitzender der Bundesmonopolkommission und jetzt Direktor des Max-Planck-Instituts für Ausländisches und Internationales Privatrecht, stellte als Leiter des Symposiums »Kommunikation ohne Monopole« im Februar 1980 fest: »Die Formel eines amerikanischen Gerichts, daß der Wettbewerb überall dort vorherrschen sollte, wo er dem Verbraucher nützt und die Öffentlichkeit nicht schädigt, eignet sich als Leitlinie auch für die Begrenzung des Fernmeldemonopols. Ein Staatsunternehmen ist überfordert, wenn es öffentlich-rechtlich über den Zugang der Konkurrenten zum Markt entscheiden und unternehmerisch seine Gewinnchancen wahrnehmen soll.«

Diese Argumente sind so durchschlagend, daß die Wirtschaftsministerkonferenz am 19. März letzten Jahres beschloß, daß das Postverwaltungsgesetz zu ändern sei. Trotz dieses eindeutigen Votums scheren sich die Deutsche Bundespost und ihr »Hoflieferant« Siemens nicht darum. Nach wie vor kommen die Rechtsverordnungen der Post ohne wirkliche demokratische Kontrolle in nichtöffentlichen Sitzungen zustande, ihre Planungen werden weiterhin der Öffentlichkeit nicht bekanntgemacht. □